



Arbeit

Mehr Chancen wozu?

Der affirmative Charakter der Debatte um Bildung, Exklusion und Prekarisierung

Die soziale Frage ist wieder ›in‹. Zu deutlich manifestieren sich Phänomene der Armut wie Ausgrenzung und die wachsende Einkommensspreizung, als dass sie noch verschwiegen werden könnten. Das müssen sie aber auch nicht: Armut inmitten von Wohlstand fällt längst nicht mehr als Schatten auf die Legitimität des Kapitalismus zurück. Diese Tatsache verweist auf eine Verschiebung des Diskurses: Armut wird dabei nicht mehr als Ausschluss durch, sondern als Ausschluss vom kapitalistischen Wettbewerb beschrieben. So wird wiederum der Wettbewerb als solcher neu legitimiert und Armut als Bildungsarmut entpolitisiert.

Ich zeige dies anhand jener sozialwissenschaftlichen Debatte um Exklusion und Prekarisierung¹ auf, die sich explizit gegen die Kulturalisierung von Verarmungsprozessen wendet, wie sie etwa in einem Vorstoss des Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokraten, Kurt Beck zum Ausdruck kommt. Darin unterstellt er als Ursache des Elends der ›neuen Unterschicht‹ mangelnden Ehrgeiz. Demgegenüber deuten die besagten Sozialwissenschaftler Ungleichheit und Ausschluss als soziale Prozesse und sehen die Betroffenen – anders als im populistischen Diskurs – nicht als Täter, sondern als Opfer. Die spannende Frage lautet jedoch: Opfer wovon?

Bildung, Bildung, Bildung: Die neue Illusion der Chancengleichheit

Wenn Politiker feststellen »Bildung verhindert Armut«, können sie sich auf eine Vielzahl empirischer Studien berufen, in denen mit unterschiedlichen Methoden der Zusammenhang von Bildung und Arbeitslosigkeit erfasst wird. Heraus kommen dabei meist Befunde wie: Das Risiko, arbeitslos zu werden, ist für Unqualifizierte sechsmal so hoch wie für Leute mit Hochschulabschluss. Die Arbeitsmarktsoziologin Jutta Allmendinger folgert daraus in ›Die Zeit‹ vom 6.1.2006: »Deutschland hat eine Waffe gegen Arbeitslosigkeit: Bildung, Bildung, Bildung!«

Holger Schatz

1967, ist promovierter Soziologe und arbeitet als Sekretär für die Gewerkschaft Unia. Daneben ist er Redaktor für das Denknnetz und Trainer im Ausdauersport.

Diese technokratische, positivistische Lesart, die zwar nicht das populistische Geschäft des ›blaming the victim‹ betreibt, aber

dennoch die Ursachen an den Merkmalen der Betroffenen festmacht, scheint innerhalb der bildungssoziologischen Debatte überwunden. Hier wird in der Tradition der Entlarvung einer »Illusion der Chancengleichheit« (Bourdieu/Passeron, 1971) auf »die Macht der Klassenstrukturen« im Bildungssystem verwiesen. Mit Blick auf die Folgen der so genannten Bildungsexpansion im Deutschland der 1960er- und 1970er-Jahre hält die Soziologin Heike Solga fest, »dass die sozialen Ausleseprozesse sowie die institutionelle Separierung am unteren Ende der Bildungshierarchie mit der Bildungsexpansion nicht abgebaut wurden, sondern zugenommen haben.«² Von der Bildungsexpansion profitiert haben demnach vor allem jene, die über die besseren sozialen und familiären Ressourcen verfügten. Michael Vester verallgemeinert diesen Befund: »Bildung ist zum Kampfgegenstand zwischen den sozialen Milieus geworden.« Aufgrund einer alle Milieus umfassenden »Kompetenzrevolution«, die »von den arbeitenden Menschen auf allen Stufen der Gesellschaft hervorgebracht« werde, sähen sich die gehobenen Milieus gezwungen, ihre sozialen Vorrechte durch »Abdrängungsbemühungen« abzusichern.³

In dieser Lesart erscheint die pauschale Erhöhung der Bildungsaufwendungen nach dem Gieskannenprinzip gerade nicht als Ausweg. Vielmehr gelte es, Chancengleichheit herzustellen, indem diejenigen, die im Verdrängungswettbewerb wegen fehlender sozialer und kultureller Ressourcen den Kürzeren zögen, gezielt gefördert würden.⁴ Die Argumentation ist nachvollziehbar. Tatsächlich eröffnet eine Wissenschaft, die sich an Max Webers Paradigma der »sozialen Schliessung« orientiert, Erkenntnisse darüber, welche Gruppen mit welchen Mitteln welche Ressourcen monopolisieren können, und welche Gruppen dadurch ausgeschlossen werden. Allerdings neigen solche Analysen dazu, den Unterschied zwischen der Produktion und der Reproduktion sozialer Ungleichheit zu verwischen und erstere vorrangig als Resultat eines auf soziale Schliessung zielenden Handelns von Akteuren zu begreifen. So fällt der Zwang zur maximalen Kapitalverwertung als zentrale Ursache sozialer Ungleichheit aus dem Betrachtungsfeld.

»Ungleichheit entspringt nicht der Konkurrenz, sondern der Einschränkung der Konkurrenz«

Im Gegensatz zur soziologischen Debatte verzichtet die neuere wirtschaftsliberale Deutung nicht auf die sozioökonomische Einordnung des Problems der sozialen Schliessung. Während die wirtschaftsliberale Position klassischer und neoklassischer Prägung um die Frage der sozialen Integration noch einen eleganten Bogen machte – sozialer Ausgleich

wurde einfach als Resultat des unbehinderten Waltens der freien Konkurrenz unterstellt –, bezieht sich das Plädoyer für den freien Wettbewerb neuerdings explizit auf die wachsende soziale Ungleichheit. Dabei ist nicht nur an die durchsichtigen Versuche zu denken, beispielsweise den Kündigungsschutz und die Mindestlöhne gegen die Chancen der Arbeitslosen auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt auszuspielen. Interessant sind vor allem auch theoretische Betrachtungen zum Begriff der freien Konkurrenz, die als Mittel auf dem Weg zu einer egalitäreren Gesellschaft beschrieben wird. So verfiert der Wirtschaftssoziologe Johannes Berger seit einigen Jahren mit gewissem Erfolg die These »Märkte seien vielleicht nicht effizient, aber gerecht«.⁵ Zwar erntet er regelmässig Widerspruch seitens etlicher SoziologInnen, doch stimmen viele der vorgebrachten Einwände Berger implizit zu, da sie seine These nicht grundsätzlich und kategorial kritisieren, sondern nur den ihr zugrunde liegenden »wirklichkeitsfremden Modellplatonismus«.

Berger behauptet, dass bei einem »uneingeschränkten Wettbewerb zwischen Individuen, die nichts als ihren Vorteil suchen, die über alle sich ihnen bietenden Chancen hinreichend gut informiert sind, und denen keinerlei subjektive und objektive Hemmnisse im Wege stehen, (...) die Ertragsraten auf alle Aktiva (Anstrengungen und Investitionen, Anm. H.S.) gleich sind«. Bergers Modell ist nicht deshalb ideologisch, weil sich diese Bedingungen in der Praxis allenfalls annähernd erfüllen liessen (und das ironischerweise nur um den Preis einer umfassenden staatlichen Regulierung, die etwa den Zugang zu Informationen garantieren müsste). Vielmehr betrachtet es alle Akteure als Unternehmer und abstrahiert vom strukturellen Zwang, dass sich das Kapital unter Androhung des eigenen Untergangs verwerten muss. Ungleichheiten haben deshalb die Tendenz, sich zu verhärten und zu vergrössern. Der Vorteil, den der »Sieger« in einer fiktiven ersten Runde des Konkurrenzkampfs dank einer gelungenen Marktoperation gewinnt, muss ihm auch die Startbedingungen in der zweiten Runde verbessern. Um das zu verhindern, müsste man mit diesem Versprechen nicht nur die entsprechenden Anreize, sondern auch den essenziellen Schmierstoff Zins abschaffen. Solcherlei Vorstellungen, die gewissermassen ein Rotationsprinzip für Erfolg projektieren, sind aber Rechnungen ohne den Wirt.

Abgehängt wovon?

Während der Markt in der liberalen Lesart verklärt und verkannt wird, kommt er in den meisten soziologischen Analysen zur Exklusion und Prekarisierung einfach nicht vor. Das Problem des Ausschlusses wird hier als Kampf um den Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt be-

schrieben. Nicht gestellt wird jedoch die Frage, welcherlei Ausschlüsse und Selektionen entstünden, wären diese Zugänge tatsächlich offen. Würde die Begrenzung der Fragestellung ausgewiesen, wäre wenig dagegen einzuwenden. Die Ausblendung der Wirkungsweise kapitalistischer Märkte hat jedoch ein Problem: die Metapher des Abgehängtseins, mit dem die Debatte um Exklusion und Prekarisierung arbeitet, nährt implizit die Illusion, gesamtgesellschaftliche Angleichungen könnten auch oder gerade unter Marktbedingungen möglich sein, also ohne massive monetäre Umverteilungen.

Innerhalb dieser illusorischen Vorstellung erscheint der ökonomische Prozess wie eine Art Laufsportveranstaltung. Ein Pulk läuft an der Spitze, danach klafft eine Lücke zu den Abgehängten, die leer auszugehen drohen, es sei denn, sie liefen schneller oder der Pulk vorne liesse sie herankommen und verzichte auf die gängigen sozialen Schliessungsmechanismen. Wäre das Ziel des Laufes, in einer bestimmten Zeit anzukommen, könnten es theoretisch alle erreichen. Eine bestimmte Qualifikation – nämlich die Fähigkeit, eine bestimmte Entfernung in einer bestimmten Zeit laufen zu können – würde in diesem Fall garantieren, dass das Ziel erreicht wird. In der kapitalistischen Ökonomie ist es aber gerade nicht so, dass automatisch Erfolg hat, wer ein bestimmtes Qualifikationsniveau abrufen. Um im Bild zu bleiben: Erfolg hat nicht, wer den Marathon in 3, 4, 5 oder 6 Stunden absolviert, sondern wer andere hinter sich lässt. Die Letzten sind zudem nicht einfach die Letzten eines Laufes, sondern werden von den weiteren Rennen auf dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen. ›Gut‹ zu sein ist zwar eine notwendige, aber nicht ausreichende Bedingung für Erfolg. Es ist eine Verrücktheit des Kapitalismus, dass eine gewisse Produktivität zwar jede Menge hervorragender stofflicher Ergebnisse hervorbringt, dieser Erfolg sich jedoch keineswegs zwingend als (monetärer) Erfolg manifestiert.

Diese Kluft zwischen notwendiger und ausreichender Bedingung für Erfolg ist der Grund der Perversion, dass der Überfluss konkreter Produkte und Dienstleistungen nicht die Befriedigung konkreter Bedürfnisse, sondern immer auch wieder Stress, Unglück und Überflüssigkeit nach sich zieht. Diese Kluft bestimmt die ›Exklusion‹. Sie ist Fleisch vom Fleisch des kapitalistischen Wettbewerbs. Sie durch allseitiges Schnellerlaufen überwinden zu wollen, ist eine Illusion.

Auf die Plätze

Es gilt, die Forderung nach Chancengleichheit für benachteiligte Gruppen in ihrer ganzen Ambivalenz zu diskutieren. Auf einzelne Kontexte bezogen, können konkrete Massnahmen durchaus die Lebensbedin-

gungen Einzelner verbessern. Demgegenüber kann die Forderung nach ›Chancengleichheit‹ im politischen Diskurs verschleiern, dass gerade das Marktgeschehen selbst Ausbeutung und Ausschluss bewirkt. Es ist unschwer zu erkennen, dass sich hinter dieser Forderung heute zunehmend die Aufforderung verbirgt, sich permanent zu qualifizieren und den Anforderungen des Marktes gerecht zu werden. Dabei ist nicht garantiert, dass der Markt massenhaft ›Weitergebildete‹ überhaupt braucht. Die Aufforderung, lebenslang zu lernen, lässt sich ebenso gut als Chiffre lesen: ArbeitnehmerInnen sollen lernen, ihre Ansprüche an die Arbeitsbedingungen herunterzuschrauben und die Ansprüche der Arbeitgeber auf möglichst viele, sofort einsetzbare BewerberInnen anzuerkennen.⁶ Zudem beinhaltet die Forderung nach Gleichheit beim Zugang zu Chancen und Bildung immer auch die Drohung, bei Unterlassung oder Misslingen aussortiert zu werden. Denn wo Chancengleichheit und Bildungszugänge existieren, ob real oder auch nur im Diskurs, hat ja jeder selbst schuld, wenn er sie nicht nutzt.

Neu ist dieses Paradox natürlich nicht. Immer schon bestärkte der bürgerrechtliche Grundkonsens, dass niemand aufgrund seiner Herkunft, Hautfarbe oder seines Geschlechts benachteiligt werden darf, die Norm, dass ein schmaler Geldbeutel sehr wohl eine Benachteiligung begründen darf. In dem Moment, wo man sich empört, weil eine Frau bei gleicher Leistung weniger verdient als ein Mann, willigt man unweigerlich in den Konsens ein, dass weniger Leistung (wie immer man sie bewerten mag) und weniger Qualifizierung sehr wohl einen geringeren Verdienst legitimieren. So alt nun dieses Dilemma auch ist, so neu ist doch die Tatsache, dass die Forderung nach Chancengleichheit heute weniger denn je eine Delegitimierung des kapitalistischen Wettbewerbs nach sich zieht, sondern im Gegenteil zentraler Baustein der neoliberalen Formierungsideologie geworden ist.⁷

Anmerkungen

- * Der Artikel ist die schriftliche Fassung eines Referats, gehalten im November 2006 auf dem BDWI-Kongress ›Ungleichheit als Projekt‹ in Frankfurt
- 1 Vgl. etwa Bude, Heinz, Andreas Willisch (Hrsg.) (2006). Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg.
- 2 Solga, Heike. Ausbildungslose und die Radikalisierung ihrer sozialen Ausgrenzung, in: Ebd., S. 121–146
- 3 Vester, Michael (2004). Die Illusion der Bildungsexpansion. Bildungsöffnungen und soziale Segregation in der Bundesrepublik Deutschland. In: Engler, Steffani, Beate Kraiss (Hrsg.): Das kulturelle Kapital und die Macht der Klassenstrukturen. Sozialstrukturelle Verschiebungen und Wandlungsprozesse des Habitus. Weinheim. 2004.
- 4 Ganz in diesem Sinne argumentierte auch die Volksinitiative ›Chancen für Kinder‹ im Kanton Zürich, die gezielte Ergänzungsleistungen für Kinder aus armen Familien forderte. Sie wurde am 15. März 2003 eingereicht und in einer Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 mit 67 Prozent der Stimmen abgelehnt.
Vgl. <http://www.chancen-fuer-kinder.ch>.
- 5 Berger, Johannes (2003). Sind Märkte gerecht? In: Zeitschrift für Soziologie, Jahrgang 32, Heft 6, 2003.
- 6 Es wäre interessant, den viel beschworenen Fachkräftemangel einmal unter diesem Aspekt differenziert zu beleuchten. Brauchbare Statistiken existieren hier nicht, lediglich Befragungen, die kaum mehr Erkenntnisse zulassen, als dass Unternehmer zunehmend Schwierigkeiten konstatieren, ›geeignete‹ BewerberInnen zu finden.
- 7 Dieser Aspekt ist ausführlich dargelegt in: Holger Schatz (2004). Arbeit als Herrschaft. Die Krise des Eigentumsprinzips und seine neoliberale Rekonstruktion. Münster.